

Zusammenarbeit statt Sanktionen!

LINKE fordert ein Ende der Sanktionen gegen Russland und will mehr Austausch

Mit deutlichen Worten forderte Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) ein Ende der Wirtschaftssanktionen gegen Russland.

Es muss eine Exit-Strategie für Russland-Sanktionen geben«, sagte er. Die Sanktionen hätten wirtschaftlich stark geschadet. Parteiübergreifend hatten sich die ostdeutschen Regierungschefs Ende Januar 2018 gegen die Sanktionen gestellt. Vor allem ostdeutsche

Unternehmen, zum Beispiel aus der Landwirtschaft, der Ernährungsbranche und dem Maschinenbau, seien aufgrund der traditionell guten Kontakte nach Russland stärker von den Sanktionen betroffen als Firmen aus dem Westen.

Ramelow sprach sich für eine gemeinsame Strategie der ostdeutschen Länder gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union aus, die noch immer die Strafmaßnahmen befürworten. Im Thüringer Landtag hatten sich

schon im März 2017 DIE LINKE, SPD, Grüne und CDU gegen die Sanktionen ausgesprochen. Daran erinnerte nun Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion. Sie war Ende 2017 auf Einladung der Staatlichen Regionaluniversität Moskau in Russland und hatte dort Gesprächen mit Wissenschaftlern und Politikern geführt: »Wir brauchen mehr Austausch mit Russland und der russischen Gesellschaft. Besuche, direkte Kontakte und Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft,

Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik können positive Entwicklungen und ein besseres Verständnis ermöglichen.« Sie erinnerte: »Gerade die ostdeutschen Länder können durch ihre historischen Kontakte, ihre Erfahrungen, Geschichte und Sprachkenntnisse Brückenbauer zwischen sein. Ein konstruktiver Dialog über Gemeinsamkeiten und Differenzen ist nötig. Die Sanktionen gegen Russland müssen aufgehoben werden, sie behindern Zusammenarbeit und Entwicklung.« ■



FOTO: © LINKSFRAKTION

KURZ & GUT

1,3 Mio. für den guten Zweck

1995 gründeten zwölf Landtagsabgeordnete der damaligen PDS den Verein »Alternative 54«. Anlass für die Gründung war ihr Protest gegen die automatische Erhöhung der Diäten für Landtagsabgeordnete in Thüringen. Die PDS lehnte, genauso wie heute DIE LINKE, diese Regelung in der Landesverfassung in Artikel 54 ab, weil sie eine Form von »Selbstbedienungsmentalität« ist. Eine Verfassungsklage gegen den Diäten-Automatismus war nicht erfolgreich, unsere Anträge zur Abschaffung oder zumindest Aussetzung der Erhöhungen fanden bei anderen Parteien im Thüringer Landtag nicht die notwendige Mehrheit.

Seit nunmehr 22 Jahren spenden daher alle Abgeordneten der Linksfraktion nicht unerhebliche Summe aus ihren Diäten an die »Alternative 54«. Mit dem Geld werden soziale, kulturelle sowie Sport-, Bildungs- und Jugendprojekte im Freistaat unterstützt. Bisher konnten so mehr als 3.350 Vorhaben gefördert werden – insgesamt flossen rund 1,3 Millionen Euro für den guten Zweck.

Allein im Jahre 2017 konnten mit etwa 92.000 Euro 247 Projekte in Thüringen unterstützt werden, darunter ein Ernährungsberatungsprojekt des Tumorzentrums Gera sowie ein Musikprojekt für behinderte Kinder und Jugendliche in Schmalkalden.

Alternative 54 e.V., Telefon: 0361 377-2300, E-Mail: alternative54ev@gmx.de
www.die-linke-thl.de/politik/alternative_54

Unterstützung für die Feuerwehr

Landesregierung erhöht die Gelder für die Feuerwehren

Die Mitglieder der Feuerwehr leisten oft unter Einsatz ihres eigenen Lebens einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit der Menschen: Retten, Löschen, Bergen, Schützen.

Dafür gebührt ihnen nicht nur Dank und Anerkennung, sondern auch die nötige Unterstützung aus der Politik. Mike Huster, haushaltspolitischer Sprecher der Thüringer Linksfraktion, sagte nach dem Beschluss des Landshaushalts für die Jahre 2018/19 im Thüringer Landtag: »Wir erkennen diese wichtige Arbeit an und stärken die Feuerwehr mit Millioneninvestitionen, mit einer verbesserten Ehrenamtsförderung und einer qualitativ hochwertigen Ausbildung.«

Eine große Herausforderung ist die Nachwuchsgewinnung im Ehrenamt.

Huster sagte dazu: »Die rot-rot-grüne Koalition hat das Problem erkannt und mit dem Feuerwehrverband eine Kampagne ins Leben gerufen, um neue Mitglieder zu gewinnen. Außerdem erhöhen wir erneut die Gelder um zusätzliche 100.000 Euro, damit ein Ehrenamtskoordinator eingesetzt werden kann.«

Für die Feuerwehr-Verbandsarbeit und die Mitgliederwerbung sind im Landshaushalt 765.000 Euro eingeplant.

Damit Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren keine Nachteile entstehen, soll ihnen künftig unabhängig von der tatsächlichen Abwesenheit bei Einsätzen, Lehrgängen und Übungen die Durchschnittsarbeitszeit von etwa acht Stunden gut geschrieben werden. Zudem werden auf Antrag der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen Vorschläge vor-

bereitet, mit dem Städte und Gemeinden Anreize für das Engagement schaffen können, zum Beispiel kostenfreier Zugang zu öffentlichen und kulturellen Einrichtungen.

Für 2018/19 sind außerdem über elf Millionen Euro Investitionen für Gemeinden zur Anschaffung neuer Feuerwehrfahrzeuge und Geräte und weitere sieben Millionen Euro für Digitalfunk vorgesehen. Außerdem hatte Rot-Rot-Grün schon 2017 aus dem Investitionspaket für die Kommunen weitere sieben Millionen Euro für Brandschutz zur Verfügung gestellt.

Feuerwehr – wichtig für alle

Die Menschen müssen sich im Ernstfall auf professionelle Rettung verlassen können. Um die nötige Aus- und Weiterbildung der Feuerwehrleute sicherzustellen hat Rot-Rot-Grün sieben neue Fachlehrerstellen an der Landesfeuerweherschule bereitgestellt. Außerdem wurde eine Erhöhung der Mittel zur Unterstützung von Gemeinden beim Erwerb des Lkw-Führerscheins für Feuerwehrleute, die künftige Erstattung von Arbeitsentgelten bei Verdienstausschlag, eine Überarbeitung der 16 Jahre alten Feuerwehr-Entschädigungsverordnung, höhere Pauschalen für Jugendfeuerwehren sowie flächendeckende Brandschutzerziehung ab dem Schuljahr 2019/20 beschlossen.

Weil die Feuerwehren einen so wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten, haben wir versucht, gemeinsam mit der CDU die Verbesserungen abzustimmen. Doch den Konservativen war Parteipolitik wichtiger als die Stärkung der Lebensretter in Thüringen. Im Landtag haben sie sogar gegen Verbesserung gestimmt. Aber DIE LINKE, SPD und Grünen konnten die Verbesserungen durchsetzen.

Für uns ist klar: Wir werden die Feuerwehren auch in Zukunft unterstützen. ■



FOTO: © GERHARD SEYBERT (FOTOLIA.COM)